

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot 1. der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver usw., 2. der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen, 3. der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln, 4. der Ausfuhr und Durchfuhr von Verband- und Arzneimitteln usw., 5. der Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen, und vom 25. November 1915, betreffend das Verbot der Durchfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen, bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

An die Stelle der bisherigen Bekanntmachungen über Verbote der Ausfuhr und Durchfuhr von Waren des ersten Abschnitts des Zolltariffs (Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse; Nahrungs- und Genussmittel) treten die folgenden Bestimmungen:

I. Es ist verboten die Ausfuhr aller Waren des ersten Abschnitts des Zolltariffs (Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse; Nahrungs- und Genussmittel). Ausgenommen sind folgende Waren:

1. Blumen- und Tabakamen (Nummer 21 c); als Blumenamen gelten auch Samen der als Blumen kultivierten Varietäten von Wein, Lupine, Mais, Platterbse, Spargel, Bohne, Kürbis, Rohl;
2. Spinn- und Faserstoffe der Nummern 28 m, 28 o, 28 p (auch außer indischem und neuseeländischem Hanf), 28 q;
3. Döpfen und Döpfenmehl (Nummer 30 und 31);
4. von frischen Küchengewächsen nur: Spargel (Nummer 33 g), Meerrettich (Nummer 33 n), aus Nummer 33 p Bleichsellerie, Rhabarber (Nummer 33 q), aus Nummer 33 r Kresse und Knoblauch;
5. lebende Pflanzen, Erzeugnisse der Biergärtnerei (Nummer 38 bis 44);
6. Weintrauben (Nummer 45 a bis c);
7. Apfelsinen und Mandarinen (Nummer 51 a), Südsüchte der Nummern 51 c, 53, 54 b (außer Pomeranzen), Ananas (Nummer 55 a);
8. aus Nummer 65 grüner Tee;
9. aus Nummer 66 Paprika, Chiliess;
10. die Waren der Nummer 68 a (außer irländisches Moos), 68 b bis d, 69 b, 70, 71 b;
11. aus Nummer 89 Holzmehl und Holzwohle, nicht für Heilzwecke zubereitet;
12. Korkholz und Korkabfälle (Nummer 90 a und b);
13. Kiefern Samen (Nummer 95 b);
14. Waldbolzfasern und sonstige Forstfasern (außer Pastanien- und Lindenfasern) der Nummer 96 c;
15. Seggen und Schilfrohr (Nummer 96 a);
16. aus Nummer 107 zahmes und wildes Hiegeflügel;
17. aus Nummer 115 a und b Hiegeflügel und Hiegeflügel;
18. Aushern, lebend (Nummer 119 a), Schnecken, Froschlurken, Schildkröten, Säugetierkrebse (Nummer 120 bis 122), Tiere der Nummer 123 b und 124;
19. Bienen ohne Honig (Nummer 125 a);
20. Hunde (außer deutschen Schäferhunden, Dobermannpinschern, Rottweilern, Wireddale-Terrier) und andere Tiere der Nummer 125 b;
21. Haare der Nummer 145 b und 145 c (außer Rindvieh- und Schweinehaaren);
22. Federn, Bälge, Federkiele der Nummern 147 bis 150;
23. Borstentersaffstoffe der Nummer 151;
24. Seidengehäuse (Nummer 152);
25. Hasen- und Kaninchenfelle, roh (Nummer 154);
26. Felle zur Pelzwerkbereitung (außer Lamm-, Schaf-, Murmel- tierfellen und Teilen davon) der Nummer 155;
27. Schmiedestoffe der Nummer 156 a bis e;
28. aus Nummer 157 a Pferdehäute und Schlände;
29. Schwämme (Nummer 159);
30. Waren der Nummer 160 a und b (außer Vibergeil, Fisch- schuppen, spanische Fliegen);
31. aus Nummer 177 b Farbzucker;
32. Wein, Most, Weintrüb, andere Getränke der Nummern 180 bis 183;
33. der Nummer 184 außer solchen mit Heilmittelzusätzen;
34. Mineralwasser der Nummer 190 (außer spezifischen Heil- wässern), anderes Wasser sowie Eis (Nummer 191);
35. Seif und Mostsch (Nummer 210 und 211);
36. aus Nummer 220 e Rauchtobak mit mehr als 2 Millimetern Schnittbreite, Schnupf- und Rauchtobak, Tabakmehl, -staub, -papier (Nummer 220 f).

II. Bei folgenden Waren ist auch die Durchfuhr verboten:

Waren der Nummer 28 mit Ausnahme der unter I, 2 genannten,

Waren der Nummer 32, 60 a, 60 b, aus Nummer 68 a irländisches Moos, Waren der Nummern 69 a, 71 a, 72 bis 88, aus Nummer 89 Holzmehl und Holzwohle, für Heilzwecke zu- bereitet, Waren der Nummern 91 bis 95 a, 97 bis 99, 103 bis 106, 108 a bis 108 f, 109, 130 bis 132, 134, 141 bis 145 a, aus Nummer 145 c Rindvieh- und Schweinehaare, aus Nummer 151 Borsten, Waren der Nummer 153, aus Nummer 155 Lamm-, Schaf-, Murmeltierfelle und Teile davon, Waren der Nummer 158, aus Nummer 160 a und 160 b Vibergeil, spanische Fliegen, Fisch- schuppen, Waren der Nummer 166 g bis 166 k, 169 bis 172, aus Nummer 184 Getränke mit Heilmittelzusätzen, aus Nummer 190 spezifische Heilwässer.

III. Die unter I und II genannten Nummern sind die auf die Einfuhr bezüglichen Nummern des statistischen Warenverzeichnisses.

IV. Alle Vorschriften, nach denen die Zollstellen ermächtigt sind, andere Waren des ersten Abschnitts des Zolltariffs als vor- stehend unter I aufgeführt, ohne Ausfuhrbewilligung allgemein ausgeben zu lassen, werden außer Kraft gesetzt. Dagegen behalten die Zollstellen Geltung, nach denen die Zollstellen ermächtigt sind, solche andere Waren beim Vorliegen bestimmter Voraus- setzungen ohne Ausfuhrbewilligung ausgeben zu lassen. Des- gleichen behalten die Vorschriften über die Behandlung der Durch- fuhr der vorstehend unter II aufgeführten Waren Geltung.

Berlin, den 16. Februar 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung

über die Wiederholung der Anzeige der Bestände von Verbrauchs- zucker. Vom 18. Februar 1916.

Auf Grund des § 1 Absatz 4 der Bekanntmachung über Ver- brandszucker vom 27. Mai 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 308) be- stimme ich:

Wer Verbrauchszucker mit Beginn des 1. März 1916 in Ge- wohnheit hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern unter Nennung der Eigentümer der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin anzuzeigen. Zu diesem Zwecke haben die Berechtigten, deren Zucker in frem- dem Gewahrsam liegt, den Lagerhaltern nach dem 1. März 1916 unverzüglich die ihnen zustehenden Mengen anzuzeigen. Die An- zeigen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. sind bis zum 10. März 1916 abzugeben. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 1. März 1916 auf dem Transport befinden, sind un- verzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger zu erstatten.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht

1. auf Mengen, die im Eigentum des Reichs, eines Bun- desstaates oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigen- tum der Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung, sowie auf Mengen, die im Eigentum eines Kommunalver- bandes stehen,
2. auf Mengen, die insgesamt weniger als 50 Doppelzentner betragen.

Berlin, den 18. Februar 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Kaub.

Bekanntmachung

über die Speisefartoffelversorgung im Frühjahr und Sommer 1916. Vom 24. Februar 1916.

Auf Grund des § 9 der Bundesratsverordnung über die Speisefartoffelversorgung im Frühjahr und Sommer 1916 vom 7. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 86) sowie in Ergänzung un- serer Bekanntmachung vom 10. Februar 1916 wird folgendes be- stimmt:

§ 1. Zur Durchführung der aus § 4 der Bundesratsverord- nung sich ergebenden Aufgaben der Verteilung der im Groß- herzogtum erzeugten und der von außerhalb eingeführten Kartoffeln auf die Kommunalverbände entsprechend der Dring- lichkeit des Bedarfs nach einheitlichen Grundsätzen wird eine beson- dere Verteilungsstelle mit dem Namen: „Landeskartoffel- stelle in Darmstadt“ (Telegrammadresse: Kartoffelstelle Darmstadt) errichtet.

Sie besteht aus einem Staatsbeamten als Vorsitzenden und aus je einem von uns zu bestimmenden Vertreter der Landwirt- schaftskammer, der Vorstände der Kommunalverbände, der Vor- stände der Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern und der Groß- herzoglichen Handelskammern.

Der Vorsitzende leitet die Geschäfte und vermittelt den schrift- lichen Verkehr mit den Kommunalverbänden und den staatlichen

Behörden. Die Landeskartoffelstelle ist beschlußfähig bei Anwesenheit des Vorsitzenden und zweier weiterer Mitglieder. Zu einem Beschluß genügt die einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Die Landeskartoffelstelle hält nach Bedarf auf Einladung des Vorsitzenden Sitzungen ab, in denen Fragen grundsätzlicher Natur beraten und entschieden werden.

Zur Durchführung der Verteilung und zur Erledigung des damit verbundenen Geschäftsverkehrs und zur Stellvertretung des Vorsitzenden wird ein Sachverständiger bestellt.

Ueber Streitigkeiten, die bei der Verteilung entstehen, entscheidet Großherzogliches Ministerium des Innern, Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, endgültig.

§ 2. Wer Kartoffeln erzeugt, verwahrt oder damit Handel treibt, ist auf Verlangen der Landeskartoffelstelle verpflichtet, innerhalb einer ihm gesetzten Frist Auskunft über alle Punkte, deren Kenntnis zur zweckmäßigen Durchführung dieser Bekanntmachung erforderlich ist, insbesondere über die Mengen der von ihm erzeugten oder ihm gehörenden Kartoffeln, über deren seitherigen Absatz und über die vorhandenen Vorräte zu geben.

Die Landeskartoffelstelle ist berechtigt, durch Beauftragte die Geschäftsräume der im Absatz 1 Genannten besichtigen und Einsicht in die Geschäftsaufzeichnungen und sonstigen Belege nehmen zu lassen. Auch kann sie Kartoffelproben erheben oder deren Einsehung anordnen.

§ 3. Die im § 2 Genannten sind auf Anordnung der Landeskartoffelstelle verpflichtet, bestimmte Mengen Kartoffeln aus ihren Vorräten an einen Kommunalverband, eine Gemeinde oder an einen bestimmten Händler gegen Barzahlung zu liefern.

§ 4. Der Versand oder die sonstige Verbringung von Kartoffeln nach außerörtlichen Orten bedarf der Genehmigung der Landeskartoffelstelle, welche sie nur erteilen wird, wenn die Befriedigung des dringendsten eigenen Bedarfs der Bevölkerung des Großherzogtums sichergestellt ist. Für die genehmigten Sendungen werden Versandcheine ausgestellt.

§ 5. Die Bekanntmachung tritt am 1. März ffd. Js. in Kraft. Darmstadt, den 24. Februar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Domb erg f.

Krämer.

Bekanntmachung.

Die Bezugszeit für Kartoffeln wird gemäß § 3 der Verordnung vom 29. April 1914 auch im laufenden Jahre für die Zeit bis zum 20. März einschließlich aufgehoben.

Darmstadt, den 18. Februar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Domb erg f.

Betr.: Die Versorgung mit Speisekartoffeln im Frühjahr und Sommer 1916.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Um hervorzuheben, daß bei der Feststellung der Kartoffelverträge die Saat- und Brenn-Kartoffeln mit anzugeben sind, wie dies auf Seite 2 der Ihnen von der Zentralstelle für Landesstatistik zugegangenen Anweisung hervorgeht.

Gießen, den 28. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Höchstpreise für Gemüse.

Für die Landgemeinden des Kreises werden folgende Höchstpreise für Gemüse festgesetzt:

Weißkraut 0,06 bis 0,07 M. das Pfd., 15 bis 25 Pfg. das Stüd.
Rotkraut 0,08 bis 0,09 M. das Pfd., 20 bis 30 Pfg. das Stüd.
Wirsing 0,07 bis 0,08 M. das Pfd., 15 bis 20 Pfg. das Stüd.
Spinat — — — — —
Grünkohl (Krauskohl) 0,09 M. das Pfd.
Schwarzwurzel 0,25 M. das Pfd.
Gelbe Rüben und Karotten 0,08 bis 0,10 M. das Pfd.
Rote Rüben — — — — —
Erd-Kohlraabi (unterirdische) 0,04 M. das Pfd.
Sellerie 10 bis 20 Pfg. das Stüd.
Feldsalat, der Teller 10 bis 12 Pfg.
Zwiebel 0,20 M. das Pfd.

Gießen, den 21. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Betr.: Wie oben.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorliegende Höchstpreisfestsetzung wollen Sie zur öffentlichen Kenntnis in Ihrer Gemeinde bringen und insbes. die Händler und Händler auf die Strafbarkeit der Ueberschreitung aufmerksam machen.

Gießen, den 21. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Höchstpreise für Butter.

Auf Grund des Reichsgesetzbl. betr. die Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914 und 21. Januar 1915 und des § 5 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 22. Oktober 1915 betr. Regelung der Butterpreise, ebenso der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 24. Oktober 1915 über die Festsetzung der Grundpreise für Butter und die Preisstellung für den Weiterverkauf, sind für die Landgemeinden des Kreises folgende Höchstpreise für Butter, die in den Landgemeinden des Kreises hergestellt ist, festgesetzt worden.

I. Süßrahmbutter (Handelsware I).

Grundverkaufspreis für den Hersteller einschl. Verpackung frei Empfänger:

nicht abgeformt 204 M. für den Str.,
nicht abgeformt in Mengen unter 1 Str. 2,05 M. für das Pfund,
in 1 Pfund-Packung abgeformt 2,09 M. für das Pfund,
in 1/2 Pfund-Packung abgeformt 1,05 M. für das halbe Pfund.

Verkaufspreis für den Händler bei Abgabe an den Verbraucher:

nicht abgeformt 208 M. für den Str.,
nicht abgeformt in Mengen von 10 Pfund und weniger 2,15 M. für das Pfund,
abgeformt 2,20 M. für das Pfund,
abgeformt 1,10 M. für das halbe Pfund.

II. Landbutter (Handelsware III).

Grundverkaufspreis für den Hersteller einschl. Verpackung frei Empfänger:

nicht abgeformt 170 M. für den Str.,
nicht abgeformt in Mengen unter 1 Str. 1,71 M. für das Pfund,
in Ballen oder in Pfundverpackung abgeformt 1,74 M. für das Pfund.

Verkaufspreis für den Händler bei Abgabe an den Verbraucher:

nicht abgeformt in Mengen von 10 Pfund und weniger 1,82 M. für das Pfund,
abgeformt 1,85 M. für das Pfund,
abgeformt 0,93 M. für das halbe Pfund.

Liefert der Butterhersteller unmittelbar an den Verbraucher und übernimmt er dabei Arbeiten, Risiken und Aufwendungen, die sonst handelsüblich dem Hersteller nicht obliegen, so kann er in der Grenze bis zu dem Kleinhandelspreise mehr als den Grundpreis fordern.

Weiter wird bemerkt, daß nach § 5 Absatz 2 der Bundesratsverordnung vom 22. Oktober 1915 über die Regelung der Butterpreise bei Verschiedenheit der Höchstpreise an dem Orte der gewerblichen Niederlassung des Verkäufers und an dem Wohnorte des Käufers der Höchstpreis maßgebend ist, der für den Ort der gewerblichen Niederlassung des Verkäufers festgesetzt ist. Bei Herstellung von Butter in landwirtschaftlichen Betrieben gilt als Ort der gewerblichen Niederlassung der Herstellungsort.

Die Verkäufer von Waren, für die ein Höchstpreis festgesetzt ist, haben diesen Preis mit Angabe der Menge (Gewicht), auf die sich der Höchstpreis bezieht, durch einen sichtbaren Aufschlag an der Verkaufsstelle zur Kenntnis zu bringen. Dieser Aufschlag ist kostenfrei mit dem polizeilichen Stempel zu versehen und täglich während der Verkaufszeit auszuhängen. In der Verkaufsstelle ist eine Waage mit geeichten Gewichten aufzustellen und ihre Benutzung zum Nachwiegen der verkauften Waren zu gestatten.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Vorschriften werden nach § 6 des Höchstpreisgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft. Auch kann Verurteilung auf Grund des § 5 der Bundesratsverordnung gegen die übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 erfolgen.

Gießen, den 12. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Betr.: Erweiterung des Schlachtverbotes.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Zur Begründung des Antrags auf Genehmigung der Schlachtung von Kindern wird häufig Mangel an Futter oder Platz angeführt, so daß eine Schlachtung oder ein Verkauf zur Schlachtung nötig sei, weil sich eine Aufzucht nicht ermöglichen lasse. Weil hierdurch wertvolles Material zur Ergänzung unseres Viehbestandes verloren geht, haben wir uns mit dem Landwirtschaftskammerausschuß der Provinz Oberhessen in Verbindung gesetzt und hat sich dieser bereit erklärt, in den genannten Fällen sich zu bemühen, Käufer zur Aufzucht namhaft zu machen. Sie wollen deshalb vor Einreichung der betreffenden Gesuche an uns sich mit genannter Stelle in Verbindung setzen und erst dann die Gesuche an uns weitergeben, wenn von dem Ausschuss die Be-

scheinung vorliegt, daß eine Verwertung des Tieres zur Auszucht nicht möglich ist.
Vorsichende Anordnung ist auf ortsübliche Weise zur Kenntnis der Landwirte und Viehhändler zu bringen.
Gießen, den 26. Februar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die Inspektion der Kriegsgefangenenlager macht darauf aufmerksam, daß die Kriegsgefangenen häufig an ansteckenden Krankheiten leiden (besonders Augenkrankheiten), welche äußerlich nicht erkennbar sind.

Um eine Verbreitung der Krankheiten durch Ansteckung zu vermeiden, ist streng darauf zu achten, daß die Gebrauchsgegenstände der Kriegsgefangenen, wie Handtücher, Waschgeseirre, Schnäpfe, Trinkbecher usw. ausschließlich nur von den Kriegsgefangenen selbst benutzt werden.

Allen Personen, die mit Kriegsgefangenen in Berührung kommen, ist hiervon Kenntnis zu geben.
Gießen, den 26. Februar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Betr.: Vorbeugende Maßregeln gegen Verwahrlosung der Jugend.

An die Schulvorstände des Kreises.

Wir machen Sie im besonderen Auftrag der obersten Schulbehörde auf die im Kreisblatt Nr. 12 vom 11. Februar 1916 veröffentlichten Bestimmungen des stellvertretenden Generalkommandos des XVIII. Armeekorps, betreffend die Verwahrlosung der Jugend, aufmerksam und empfehlen Ihnen, die Fortbildungsschüler besonders auf sie hinzuweisen. Zugleich werden Sie, ebenfalls auf Anordnung der obersten Schulbehörde, angewiesen, unter Bezugnahme auf § 3 der Bekanntmachung vom 19. April 1904 über die in der Volksschule zulässigen Disziplinarmittel (abgedruckt im Amtsblatt vom 8. November 1904) die Lehrer zu bedeuten, daß sie nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, Zuchtlosigkeiten und Ungezogenheiten der Schulkinder, einerlei ob aus der eigenen oder einer anderen Klasse derselben Gemeinde, mit allen zur Verfügung stehenden Disziplinarmitteln nachdrücklich entgegenzutreten.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Schluß des Schuljahres 1916.

An die Schulvorstände des Kreises.

Gemäß Verfügung der obersten Schulbehörde werden Sie hiermit ermächtigt, solche Schüler, die am Ende ihrer Schulpflicht stehen und Verhelfen zum 1. April ds. Js. antreten sollen, oder überhaupt von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft dringend benötigt werden, bereits am 31. März — nötigenfalls auch einige Tage früher — zu entlassen.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

Dr. Hfinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Technische Verwertung genußuntauglichen Fleisches, insbesondere Fettes.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Indem wir auf nachstehende Ausführungen aufmerksam machen, beauftragen wir Sie, diese ortsüblich bekannt zu machen und für eine mögliche Ausnutzung der verfügbaren Fettmengen Sorge zu tragen.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß das bei der Fleischbeschau als genußuntauglich beanstandete Fleisch vielfach, namentlich in Städten ohne öffentliche Schlachthäuser und auf dem Lande, ohne weiteres durch Vergraben unschädlich beseitigt würde, obwohl durch eine technische Verwendung der bei einer anderweitigen Behandlung des Fleisches gewonnenen Erzeugnisse bedeutende Werte erhalten werden könnten.

Es muß auf eine mögliche Ausnutzung verfügbarer Fettmengen Bedacht genommen werden. Unter Bezugnahme auf die Vorschriften in § 45 Abs. 1 der Bundesratsbestimmungen A zum Fleischbeschaugesetz ist in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß von der zulässigen Verwertung beanstandeten Fleisches, namentlich der Ausnutzung des Fettes für technische Zwecke, wenn irgend möglich, Gebrauch gemacht wird, und zwar auch in solchen Fällen, in denen der Besitzer des Fleisches an einer solchen Verwertung wegen Schadloshaltung durch Versicherung nur geringes Interesse hat.

Gießen, den 23. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Das Landgestüt, hier den Abgang der Landgestütsbesitzer nach den Landgestütsstationen.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die Landgestütsbesitzer für die die Landgestütsstationen Bernstadt, Ruppach und Grünberg sind an die Stationen abgegangen. Sie wollen dies in ortsüblicher Weise veröffentlichen.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 15. ds. Mts. als versucht zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum die Kreise Darmstadt, Bensheim, Dieburg, Heppenheim, Alsfeld, Wädungen, Friedberg, Mainz, Alzen, Oppenheim und Worms.

2. Im Reichsgebiet alle Bezirke mit Ausnahme von Konstantz, Birkenfeld, Coburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß a. L., Schaumburg-Lippe und Lüneburg.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Lang-Göns; hier: den Zuteilungsplan.

In der Zeit vom 22. Februar bis einschließlich 6. März l. Js. liegen auf Großh. Bürgermeisterei Lang-Göns die Beschlüsse der Vollzugskommission vom 17. Februar l. Js. und des Gemeinderats vom 11. Februar l. Js. über Vornahme der Ueberweisung der neuen Grundstücke im laufenden Jahre zur Einsicht der beteiligten Grundeigentümer offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Anschlusses während der Offenlegung bei Großh. Bürgermeisterei Lang-Göns mit Gründen versehen schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 17. Februar 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schmittbahn, Regierungsrat.

Aufforderung.

Die folgenden Einlagebücher der Bezirkssparkasse Gießen (vorher Spar- und Leihkasse Gießen), lautend auf die Namen:

- a) Nr. 42346 Gertrud Soetbeer,
- b) Nr. 42347 Marie Soetbeer,
- c) Nr. 42348 Mathilde Soetbeer,
- d) Nr. 42349 Oskar Soetbeer,
- e) Nr. 15390 Hermann Röll,
- f) Nr. 50803 Emma Feußner,
- g) Nr. 17527 Katharine Beder,
- h) Nr. 37967 Kegelriege des Männer-Turnvereins,

i) Nr. 5562 Heinrich Schleitner, sind abhanden gekommen.

Die etwaigen Inhaber der genannten Bücher werden aufgefordert, ihre Ansprüche an diese binnen 3 Monaten vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an bei uns geltend zu machen, andernfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Der Vorstand

der Bezirkssparkasse Gießen.

Jacheis.

1491D

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

Febr.	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Grad der Bewölkung in Prozent der hoch. Himmelsdecke	Wetter
1916								
28. 2 ^{te}	—	7,0	5,1	67	—	—	8	Sonnenschein
28. 9 ^{te}	—	4,2	5,1	83	—	—	0	Klarer Himmel
29. 7 ^{te}	—	0,0	4,8	95	—	—	8	Bew. Himmel

Höchste Temperatur am 27. bis 28. Februar 1916: + 7,1° C.

Niedrigste " " 27. " 28. " 1916: + 0,5° C.